

Notizen von der Querfront (Juni `25)

„Irgendwann muss man mal anerkennen,

dass wenn Russland „Nein“ sagt,

es möglicherweise auch „Nein“ meint.“

(Rüstungsexpertin Claudia Major

bei „Caren Miosga“, 18.05.25)

Opfergang

Das Landgericht Berlin II hat der BSW-Gründerin per einstweiliger Verfügung untersagt, dem Meinungsforschungsinstitut Forsa zu unterstellen, mit der 3 Prozent-Prognose 48 Stunden vor dem Urnengang vom 23. Februar eine „gezielte Aktion zur Manipulation von Wahlverhalten“ gestartet zu haben. Die Forsa-Leute seien „Wiederholungstäter“, die über „absurde Erhebungsmethoden“ zu „Fantasiezahlen“ gelangten, schimpfte Wagenknecht. Gerichtlich untersagt wurde ihr konspirative Behauptung, die Prognose „sollte Effekt haben“. Für den Fall eines Verstoßes gegen das Urteil droht das Gericht nunmehr mit einem Zwangsgeld von bis zu 250.000 Euro. Was wunder, dass die Unterlegene sofort in den Opfermodus ging: „Jetzt habe ich auch von einem Gericht einen Maulkorb bekommen.“ Es werde in Deutschland immer üblicher, „dass Gerichte einem verbieten zu sagen, dass der Himmel blau ist“.

Man hätte sich ja auch gewundert, wenn in den verschwörungslogisch erprobten Kreisen von altlinken Russland-Verteidigern das knappe Scheitern bei der Bundestagswahl nicht unter Manipulationsverdacht gestellt worden wäre.

Doch das BSW gibt sich noch lange nicht geschlagen, es kündigt sogar die Gründung einer Jugendorganisation sowie regionaler Verbände an, um die spärliche Mitgliederzahl von 2.200 zu steigern. Ob auch aus der angekündigten Namensstreichung im Titel des Bündnisses

noch was wird, darf aufgrund von Wagenknechts tiefen narzisstischen Kränkungen bei der Bundestagswahl und auf dem jüngsten Thüringer Landesparteitag in Gera getrost bezweifelt werden.

Angstbewirtschaftung

Im Gegenteil: In der Paraderolle von Putins oberster Angstbewirtschafterin in Deutschland gerät derzeit wieder richtig in Fahrt. Der Grund: Seit Russland verstärkt zivile Ziele in der Ukraine bombardiert, besinnt sich Kanzler Merz darauf, die Beschränkung der Raketenreichweite aufzukündigen und Taurus endlich zu liefern, worin Wagenknecht geradewegs den nächsten Weltkrieg heraufziehen sieht. Im Klartext: Man legt sich besser nicht mit einer Nuklearmacht an, und mit dem heiligen Russland schon gar nicht. Dem widerspricht, dass BSW-Schranzen nicht müde werden, Rüstungsvergleiche mit der EU und den USA zu ziehen, um Putins Militär als zahlenmäßig unterlegene Macht und die Nachrüstung für die überfallene Ukraine als gar nicht nötig darzustellen.

Zuvor hatte Wagenknecht schon viel Verständnis für Putins Fernbleiben von den ersten Verhandlungen über einen Waffenstillstand in Istanbul aufgebracht: "Wenig erstaunlich, dass Putin nicht kommt. Wer lässt sich schon mit Ultimaten und Sanktionen herbeizitieren". Es sei lächerlich, wenn Merz sich einbilde, er könne Putin erpressen. Über dessen ultimative Vorbedingungen von Friedensrunden, seine neo-imperialistischen Ansprüche auf erobertes und noch nicht erobertes ukrainisches Land, verlieren die deutschen Vasallen des weltweit verurteilten Kremlmachthabers kein Wort.

Begleitend zu solch einseitigen Parteinahmnen bestärkt Wagenknecht Sachsens Ministerpräsidenten Kretschmer beim Versuch, über die Wiederbelebung von Nordstream II mit den Russen ins Gespräch zu kommen, um auch kostengünstig zwanzig Prozent unseres Gasener-

giebedarfs von Neuem über Schröders ununterbrochenen Geschäfte abzuwickeln.

Doch daraus dürfte nichts werden, da die Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern, Schwesig, einen Teufel tun dürfte, in dieser Angelegenheit aktiv zu werden, nachdem sie sich immer noch wegen möglicher Verstrickungen in der Causa Nordstream II vor einem Landtags-Untersuchungsausschuss zu verantworten hat. Zudem fordert Kanzler Merz, dass die Sanktionen gegen Russland auch ein Verbot der Reparatur jener sabotierten Gaspipeline enthalten sollte. Damit wäre auch Nordstream II Teil möglicher Friedensverhandlungen. Aber nicht in der vom Sachsen Kretschmer und Wagenknecht angeregten Weise.

Moskau-Connection

Ungeachtet dessen wühlt die Moskau-Connection weiter. Ja, es gibt sie noch. In der aserbeidschanischen Hauptstadt Baku trafen sich Vertreter des still gelegten Petersburger Dialogs mit Schergen Putins. Unter ihnen zwei Christdemokraten und der bekennende Russlandfreund Matthias Platzeck, von dem nach seinen eingestandenen Irrtümern eher angenommen werden durfte, sich völlig aus dem deutsch-russischen Geschäft zurückgezogen zu haben. Doch weit gefehlt.

Mit dabei in Baku auch Ralf Stegner, vor Wochen noch ausgebuhter Gastredner auf Wagenknechts putinpazifistischer Propagandashow an der Berliner Siegessäule („Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen“). Ex-Fraktionschef Rolf Mützenich, von Beruf „Friedensforscher“, lobte das Geheimtreffen als diplomatischen Versuch klassischen Verhandlungsstils à la Egon Bahr.

Auch der Ex-Kanzler ist wieder aufgetaucht, trotz seiner Krankmeldung, die ihn vor einer Vorladung in den Untersuchungsausschuss des Landtags von Mecklenburg-Vorpommern bewahrte. Auf der Besu-

chertribüne des niedersächsischen Landtags war er in strahlender Haifischpose an der Seite von Christian Wulff während der Wahl des Nachfolgers von Stephan Weil zu sehen, bereit auch für ein Foto mit Gattin von zwei AfD-Landtagsabgeordneten, die Schröder schon wegen seiner unverbrüchlichen Putin-Nähe als einen der ihnen anzusehen scheinen.

Gleichzeitig verschickte er ein Schreiben ans Schweriner Parlament, in dem er seine dubiose Rolle in der Nordstream II-Affäre zu erklären versucht. Er stehe nach wie vor uneingeschränkt zu diesem preisgünstigen Projekt zum Wohle von Deutschlands Weltmarktfähigkeit. Der grüne Obmann im Schweriner Untersuchungsausschuss, Hannes Damm, will aber in Schröders Brief „keinen akzeptablen Ersatz für eine persönliche Aussage unter Wahrheitspflicht“ erkennen und fordert für das Fernbleiben vor dem Untersuchungsausschuss ein amtsärztliches Attest, was Schröder wohl wie eine Majestätsbeleidigung vorgekommen sein musste, zumal er wegen seiner Burn-Out-Erkrankung „ungewöhnliche Stresssituationen“ vermeiden soll.

Mit seiner Entschuldigung, nie einen Grund gesehen zu haben, das Projekt Nordstream II nicht weiter betreiben zu sollen, dürfte er selbst in seiner moralisch ramponierten Partei noch einen kläglichen Rest des Fremdschämens ausgelöst haben. 400.000 Euro jährlich soll der Ex-Kanzler als Verwaltungsratschef der nie in Betrieb gegangenen Pipeline-Firma erhalten. Die Sparkasse Hannover jedoch hat den Zahlungseingang verweigert, weil ihr US-Sanktionen drohen, wenn Gelder aus dem Umfeld russischer Staatskonzerne bei ihr gutgeschrieben werden. Der eigentliche Skandal ist aber darin zu sehen, dass Schröder offenbar noch drei Jahre seit dem Überfall auf die Ukraine Geld aus dem Netzwerk Putins erhält.